

.....
Name(n), Vorname(n), Geburtsdatum

Einwilligungserklärung zur Übermittlung von Sozialdaten

Die Einbürgerungsbehörde der Landeshauptstadt Hannover prüft und beurteilt, ob die Voraussetzungen für die beantragte Einbürgerung gemäß § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) und § 8 Absatz 1 Nummer 4 StAG vorliegen.

Hierbei wird insbesondere auch geprüft, ob die Antragstellerin beziehungsweise der Antragsteller für sich und ihre beziehungsweise seine unterhaltsberechtigten Familienangehörigen Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII erhält. Im Falle des Bezuges dieser Leistungen werden weitergehende Auskünfte benötigt, damit festgestellt werden kann, dass der Leistungsbezug von der Antragstellerin beziehungsweise dem Antragsteller nicht zu vertreten ist.

Ich wurde darüber informiert, dass

- die Landeshauptstadt Hannover sowie die Träger für die Leistungen nach dem SGB II und SGB XII den gesetzlichen Datenschutzbestimmungen unterliegen,
- zur Prüfung der wirtschaftlichen Voraussetzungen für die von mir beantragte Einbürgerung Auskünfte über einen Leistungsbezug nach dem SGB II oder SGB XII erforderlich sind,
- für die Einholung der Auskünfte über einen Leistungsbezug nach dem SGB II oder SGB XII von den zuständigen Leistungsträgern nach diesen Gesetzen meine schriftliche Einwilligung erforderlich ist und
- meine Sozialdaten von den zuständigen Leistungsträgern nach dem SGB II oder SGB XII der Einbürgerungsbehörde der Landeshauptstadt Hannover ausschließlich für die vorgenannten Zwecke übermittelt werden und von der Einbürgerungsbehörde ausschließlich für die vorgenannten Zwecke gespeichert, genutzt und verarbeitet werden.

In Kenntnis und nach Belehrung über diese Zusammenhänge erkläre ich mich damit einverstanden, dass die Leistungsträger nach dem SGB II oder SGB XII der Einbürgerungsbehörde der Landeshauptstadt Hannover Auskünfte zu folgenden Fragen erteilen:

1. Seit wann werden beziehungsweise wurden Leistungen für mich und meine unterhaltsberechtigten Familienangehörigen gewährt?
2. Gab es Unterbrechungen innerhalb der Arbeitslosen- und Meldezeiträume? Wenn ja, welche?
3. Bin ich arbeitsuchend gemeldet?
4. Wird beziehungsweise wurde den Mitwirkungspflichten nachgekommen?
5. Wurden bisher Sanktionen verhängt? Wenn ja, wann und aus welchen Gründen?
6. Wurden in den letzten zwei Jahren (rückwirkend ab dem Datum der jeweiligen Anfrage) Vermittlungsvorschläge unterbreitet? Wenn ja, wie viele und mit welchem Ergebnis?
7. Stehen der Vermittlung nicht ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache entgegen?
8. Wurde eine Eingliederungsvereinbarung abgeschlossen? (Keine Übersendung der Eingliederungsvereinbarung); Wenn nein, finden Gespräche in Bezug auf eine (neue) Eingliederungsvereinbarung statt? (Keine Auskunft über den Gesprächsinhalt durch das Jobcenter Region Hannover)
9. Liegen eigene Bemühungen um eine Arbeitsstelle vor? Wenn ja, in welcher Form und Anzahl wurden die Bemühungen (Bewerbungen) nachgewiesen? (Keine Übersendung von Bewerbungen durch das Jobcenter Region Hannover)
10. Wurde an Maßnahmen zur Eingliederung ins Erwerbsleben teilgenommen? Gegebenenfalls: An welchen wurde teilgenommen?
11. Werden Unterhaltszahlungen bei der Leistungsgewährung an unterhaltsberechtigten Familienangehörige berücksichtigt? Wenn ja, in welcher Höhe?

Mir ist bekannt, dass ich die Erklärung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen kann. Mir ist auch bekannt, dass über meinen Einbürgerungsantrag auch entschieden wird, wenn ich die Einwilligung nicht unterzeichne oder zu einem späteren Zeitpunkt widerrufe. Die erforderlichen Informationen werden dann bei mir direkt erhoben.

Den Inhalt dieser Einverständniserklärung habe ich verstanden.

.....
Ort, Datum, Unterschrift